

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, wies darauf hin, in der letzten Sitzung sei die Verwaltung beauftragt worden, mit den verkehrspolitischen Sprechern und der Bürgerinitiative vor Ort ein Gespräch zu organisieren. Dies sei laut Verwaltungsvorlage auch vorbereitet worden, habe aber bisher noch nicht stattgefunden. Seine Fraktion würde gerne dieses Gespräch abwarten, bevor eine Empfehlung ausgesprochen werde. Es bestehe auch kein Zeitdruck. Ein Beschluss könne auch noch nach der Sommerpause gefasst werden.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya informierte, die Verwaltung habe sowohl mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW als auch mit der Gemeinde Swisttal erörtert, ob eine erneute Diskussion mit der Bürgerinitiative über die Variantenführung in Miel Sinn mache. Beide Institutionen hätten davon abgeraten, weil es zu keinem Ergebnis führen würde. Es sei bereits mit allen Bürgerinitiativen gesprochen worden. Es handele sich hierbei um kleine Gruppen von Betroffenen, die ihre eigenen Interessen und nicht die der gesamten Kommune vertreten. Es wurde daher empfohlen, darauf hinzuwirken, dass das Planfeststellungsverfahren möglichst schnell eröffnet werde. In dem formalisierten Verfahren könne dann jeder Bürger und jede Institution seine Bedenken und Verbesserungsvorschläge einbringen. Nach Auskunft der Bezirksregierung könnte das Planfeststellungsverfahren Ende des Jahres eröffnet werden. Deshalb bitte er die Ausschuss-Mitglieder, heute der von der Verwaltung vorbereiteten Beschlussempfehlung zu folgen.

Abg. Tendler dankte Herrn Dr. Sarikaya für die klaren Worte. Die Ortsumgehung Swisttal-Miel werde nun schon seit Jahrzehnten geplant und entwickelt. Es habe immer wieder Gespräche und neue Variantenführungen gegeben. Wenn man nicht wolle, dass die Ortsumgehung als solche in Frage gestellt werde, sollte man jetzt einen Beschluss im Interesse der gesamten Kommune fassen. Seine Fraktion könne heute der Beschluss-Vorlage in der vorliegenden Form folgen.

Abg. Dr. Kuhlmann schloss sich seinen Vorrednern an. Die Bedenken der Bürgerinitiativen seien ausreichend berücksichtigt worden. Es sollte keine neue Variantendiskussion geben, weil dies die Ortsumgehung als solche gefährden würde. Die Anschlussstelle an die B 56 und die A 61 dürfe auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Er unterstütze deshalb den Beschluss-Vorschlag.

Abg. Bausch überlegte noch einmal, welche Auswirkungen es hätte bzw. zu welchem Ergebnis es führen könnte, wenn der Ausschuss heute dem Vorschlag des Vorsitzenden folgen würde. Im Kern sei er auch der Auffassung seiner Vorredner, es sei ausreichend diskutiert worden. Die erneuten Beratungen seien ja letztendlich nur auf den Wunsch im Kreisausschuss zurückzuführen, die Bedenken der Bürgerinitiative nochmals zu prüfen. Er könne auch den Ausführungen von Herrn Dr. Sarikaya folgen. Im Planfeststellungsverfahren habe jeder Betroffene noch einmal Gelegenheit sich dort einzubringen. Er erkundigte sich bei dem Vorsitzenden, Abg. Steiner, ob und welche Chancen er sehe, dass es bei einem erneuten Termin mit der Bürgerinitiative zu neuen sachlichen Erkenntnissen kommen könnte.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, erklärte, in der letzten Sitzung sei nicht ganz klar gewesen, was die bevorzugte Variante sei. Dies werde mit der heutigen Vorlage noch einmal deutlich gemacht. Man könne das Gespräch mit der Bürgerinitiative auch im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens führen. Nach seiner Auffassung wäre es nur hilfreich gewesen, die Bedenken möglichst im Vorfeld auszuräumen.

Planungsdezernent Jaeger bemerkte, das Planfeststellungsverfahren sei sozusagen der Dialog mit den höchsten Verfahrensstandards. Insofern werde keiner benachteiligt, wenn der Ausschuss sich heute dem Beschluss-Vorschlag der Verwaltung anschließen würde.

